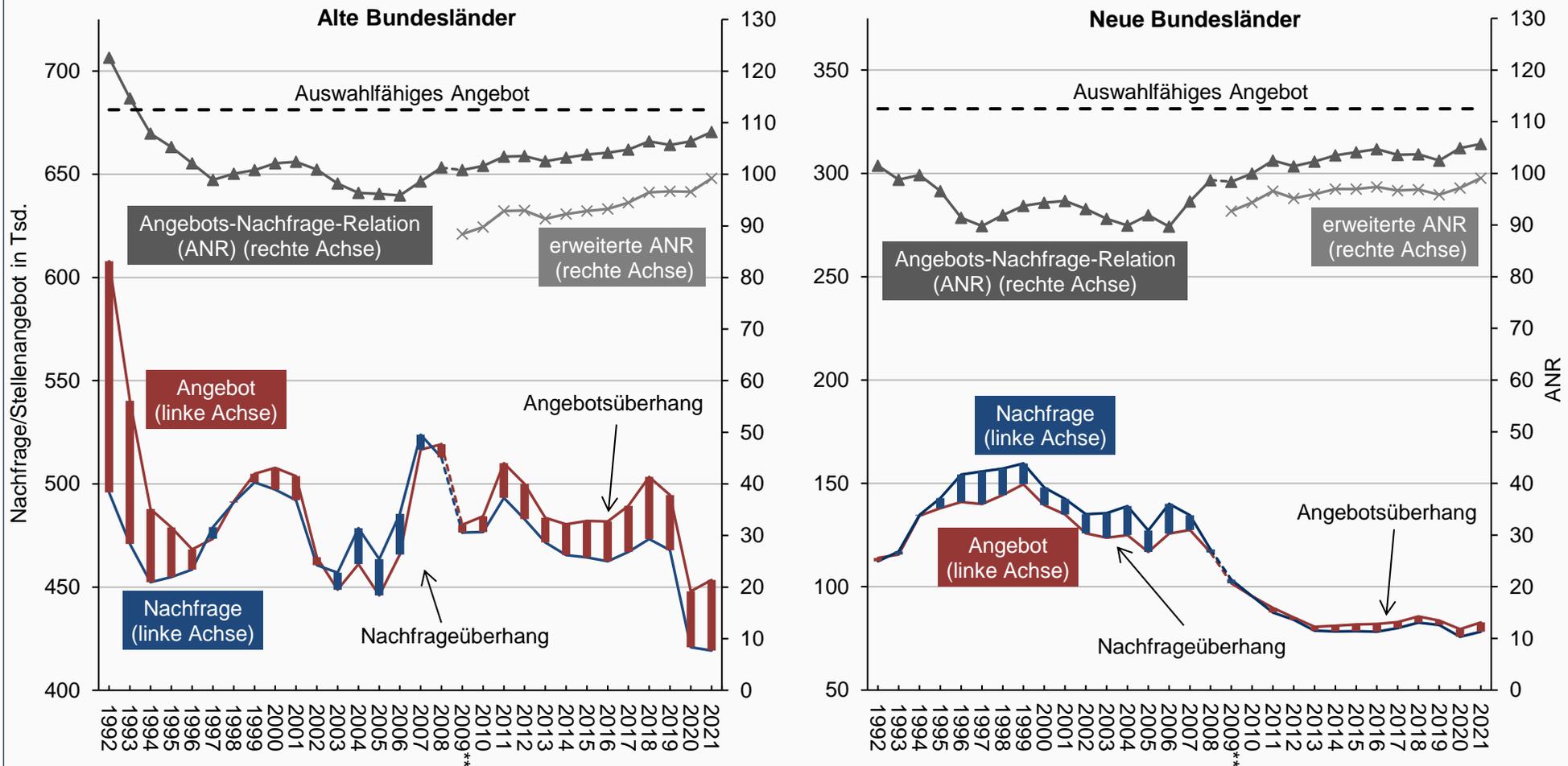


■ Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1992 - 2021*

Stellen in 1.000 und Angebots-Nachfrage-Relation in Prozent, alte und neue Bundesländer



* Jahresdaten beziehen sich auf Berichtsjahre (1. Oktober eines Jahres bis 30. September des folgenden ausgewiesenen Jahres).

** Angaben ab 2009 inklusive kommunaler Träger. Zudem ist aufgrund von Datenrevisionen der Vergleich zu früheren Jahren nur eingeschränkt möglich.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010/2022): Berufsbildungsbericht 2010/2022

Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in den alten und neuen Bundesländern 1992 - 2021

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt wird durch das Verhältnis von Ausbildungsstellenangebot zu Ausbildungsstellennachfrage bestimmt. Die Ausbildungsstellen werden von den ausbildenden Betrieben angeboten, die Nachfrage setzt sich aus den Jugendlichen zusammen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Im Jahr 2021 lag in den alten Bundesländern das Ausbildungsangebot bei 453.516 Plätzen. Die Nachfrage lag mit 419.253 leicht darunter. In den neuen Bundesländern wurden 82.707 Ausbildungsstellen angeboten, die Nachfrage lag mit 78.264 ebenfalls etwas niedriger. Sowohl im Westen als auch Osten ist vom Jahr 2019 auf 2020 ein deutlicher Rückgang sowohl des Angebots als auch der Nachfrage zu verzeichnen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 hinterließen auch auf dem Ausbildungsmarkt Spuren. Zum Jahr 2021 steigen die Zahlen nur sehr schwach an. In Westdeutschland sinkt sogar die Zahl der Ausbildungsstellennachfragen weiter ab.

Aus der Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage ergeben sich in den alten Bundesländern im Vergleichszeitraum der Jahre 1992 bis 2021 sowohl Angebots- als auch Nachfrageüberhänge, wobei seit dem Jahr 2008 das Angebot höher als die Nachfrage liegt. Speziell in den neuen Ländern bestand allerdings bis zum Jahr 2010 ein deutlicher Nachfrageüberhang und erst seit dem Jahr 2011 kann von einem Angebotsüberhang gesprochen werden, der aber vor allem durch einen starken Rückgang in der Nachfrage begründet ist.

Zum Ende des Ausbildungsjahres 2021 gab es somit auch für Deutschland insgesamt ein Angebotsüberhang (vgl. [Abbildung IV.100](#)): mit etwa 63 Tsd. unbesetzte Ausbildungsstellen mehr unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber*innen (ohne Alternative 2021: ca. 25 Tsd.). Betrachtet man jedoch die Zahl der noch suchenden Bewerber*innen – der Unversorgten plus derjenigen mit einer Alternative zur Ausbildung, die aber weiter eine Ausbildungsstelle suchen – dann liegt die Zahl mit etwa 68 Tsd. Suchenden deutlich über den unbesetzten Ausbildungsstellen.

Angebots-Nachfrage-Relation

In Anlehnung an § 86 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) wird das „Angebot an Ausbildungsstellen“ im Berufsbildungsbericht ausgewiesen als die Zahl der „neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge“ zuzüglich der bei der Bundesagentur für Arbeit „gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsplätze“. Die „Nachfrage“ errechnet sich aus der „Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge“ und den bei der BA gemeldeten noch „unversorgten Bewerber*innen“. Als Indikator zur Bewertung der Ausbildungsmarktsituation wird dabei auf die „Angebots-Nachfrage-Relation“ (ANR) zurückgegriffen.

Rein rechnerisch ist bei einem Wert von 100% ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage gegeben. Dabei wird jedoch eine Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage unterstellt und den Anspruch von Wahlmöglichkeiten unberücksichtigt gelassen. Um ein realistischeres Bild zu erhalten, wird im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung von dem Kriterium eines *auswahlfähigen* Angebotes ausgegangen. Dieses liegt

vor, wenn die ANR 112,5% beträgt – also ein Verhältnis von 112,5 Stellen auf 100 Bewerber*innen vorliegt (s. horizontale Markierung). Zwar stieg die ANR sowohl in Ost- als auch Westdeutschland seit dem Jahr 2006, jedoch weisen die Ausbildungsmärkte nach diesem Kriterium in keinem der Landesteile aktuell ein auswahlfähiges Angebot auf: in den alten Ländern liegt die ANR im Jahr 2021 bei 108,2%, in den neuen Ländern bei 105,7%.

Seit der deutschen Wiedervereinigung lassen sich auf dem Ausbildungsstellenmarkt regionale Ungleichgewichte zwischen den neuen und alten Bundesländern festmachen. Besonders deutlich wird das beim Vergleich der Angebots-Nachfrage-Relationen. Insbesondere zu Beginn des Beobachtungszeitraums war die Angebots-Nachfrage-Relation in den alten Bundesländern für Bewerber*innen deutlich günstiger als in den neuen Bundesländern. Grundsätzlich folgte in beiden Landesteilen danach eine Verschlechterung der ANR und erst seit dem Jahr 2006 wieder eine Verbesserung. Die Verbesserung der ANR in Ost- wie Westdeutschland – vor allem seit dem Jahr 2009 – ist allerdings vor allem darauf zurückzuführen, dass ein deutlicher Rückgang an angebotenen und nachgefragten Ausbildungsstellen, bei einem gleichzeitig anwachsenden Anteil an unbesetzten Stellen, vorliegt.

Bezogen auf die Höhe der ANR ist in der Tendenz von Beginn an eine Annäherung zwischen beiden Landesteilen zu beobachten. In den Jahren 2013 bis 2016 kann sogar kaum von einem Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland gesprochen werden (+0,2 bis -0,5 Prozentpunkte Abweichung). Nach einem Anstieg der Differenz zwischen den Jahren 2017 und 2019 ist sie im Jahr der Pandemie 2020 zwar leicht auf einen Wert von 1,5 Prozentpunkten gefallen, stieg aber bereits im Jahr 2021 wieder auf 2,5 Prozentpunkte an.

Gerade in den neuen Bundesländern besteht durch den langen Nachfrageüberhang und seit dem Jahr 2010 nur geringen Angebotsüberhang die Gefahr einer drohenden Auseinanderentwicklung von gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitschancen und damit einem erhöhten Risiko von prekären Beschäftigungs- und Einkommenskarrieren. Durch die zuletzt steigende Angebots-Nachfrage-Relation hat sich die Situation für die Bewerber*innen zwar verbessert, nunmehr droht, sollte die Anzahl der unbesetzten Stellen aber weiter steigen, ein Fachkräftemangel.

Mit der traditionellen Nachfragedefinition wird die Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen nicht vollständig abgebildet. Daher weisen der Berufsbildungsbericht und der Nationale Bildungsbericht seit einigen Jahren auch eine „erweiterte“ Nachfragedefinition aus, die neben den unversorgten Bewerber*innen auch Jugendliche einbezieht, die zwar eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen haben (zum Beispiel berufsvorbereitende Maßnahme, Praktikum), aber weiterhin eine Vermittlung in eine Ausbildung wünschen. Sie sind damit „versorgt“, jedoch weiterhin Ausbildungsplatz suchend. Nach dieser Definition fiel die Nachfrage im Jahr 2021 in Westdeutschland um etwa 38 Tsd. und in Ostdeutschland um ca. 5 Tsd. höher. Somit fällt auch die erweiterte ANR mit 99,2% (West) und 99,1% (Ost) noch einmal ungünstiger aus als die traditionelle ANR. Nach dieser erweiterten Definition sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich geringer als bei der traditionellen Definition.

Entstehung von Angebot und Nachfrage

Höhe und Entwicklungstrend der Ausbildungsstellennachfrage werden von demografischen Faktoren (Besetzungsstärke der Schulabschlussjahrgänge) und von den Bildungsentscheidungen bestimmt. So haben der Rückgang der nachrückenden Kohorten (vgl. [Abbildung VIII.1](#)) und auch die starke Orientierung auf ein Studium (vgl. [Abbildung IV.132](#)) dazu geführt, dass die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen gesunken ist (vgl. [Abbildung IV.130](#)). Die Nachfrage nach beruflicher Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen orientiert sich zunehmend an einem breiteren Spektrum von Bildungsmöglichkeiten und hat sich auch in biografischer Hinsicht entstandardisiert.

Demgegenüber wird das Ausbildungsstellenangebot durch die Entscheidungen der Betriebe beeinflusst. Von Bedeutung ist, welche Betriebe in welchen Branchen, in welchen Regionen und in welcher Intensität Ausbildungsplätze anbieten. Diese Entscheidungen werden durch eine ganze Reihe von Faktoren beeinflusst. Auf der einen Seite erweist sich die berufliche Ausbildung für die Betriebe mittel- und längerfristig als ökonomisch vorteilhaft, denn sie erlaubt es, für den eigenen Fachkräftenachwuchs zu sorgen und damit gleichzeitig die Kosten für spätere externe Personalgewinnung einzusparen. Zudem führt die erbrachte Arbeit der Auszubildenden zu Erträgen. Auf der anderen Seite entstehen den Betrieben durch die Ausbildung Kosten, die berücksichtigt werden müssen. Für den Betrieb ist es also immer auch eine Kosten-Nutzen-Analyse, ob er Ausbildungsplätze anbietet. Allerdings sind neben den Kosten- und Nutzenerwägungen auch andere Aspekte zu berücksichtigen: So spielen Traditionen, z.B. Ausbildung im Handwerk, Imagegewinne bei Kund*innen und Geschäftspartner*innen und auch die soziale Verantwortung von Betrieben und Unternehmen gegenüber jungen Menschen eine Rolle.

Wie die rückläufige Ausbildungsbetriebsquote erkennen lässt, zogen sich trotz der guten Konjunktur- und Beschäftigungslage in den vergangenen Jahren immer mehr Betriebe aus der betrieblichen Berufsausbildung zurück (vgl. [Abbildung IV.133](#)). Dahinter stehen Verschiebungen in der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur aber auch, dass es unter dem steigenden Wettbewerbsdruck schwieriger wird, die Berufsausbildung am langfristigen, gesamtwirtschaftlich erforderlichen Bedarf und nicht am kurzfristigen Planungshorizont zu orientieren.

Methodische Hinweise

Die Daten des Berufsbildungsbericht 2010 sowie 2022 des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMFB) stammen zum einen aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit und zum anderen aus Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Angaben ab 2009 inklusive kommunaler Träger. Zudem sind die Werte ab 2009 bedingt durch verschiedene Datenrevisionen nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.